

Bye-bye Mr. President!

Man muss George W. Bush nicht mögen. Und sicher wäre es falsch, ihn oder seine beiden Amtszeiten zu glorifizieren.

Dennoch verdient auch Bush eine differenzierte Betrachtung.

Ein Versuch gegen den Mainstream.

Von Stefan Rehder

Menschen wollen verstehen. Und doch fällt ihnen gerade das oft unglaublich schwer. Vielleicht gibt es aber auch Dinge, die nicht zu verstehen sind. Wäre dem so, dann gehörte dazu sicherlich auch, dass in ein und demselben Herzen Vernichtung, Krieg und Folter ebenso einen festen Platz haben können wie ein engagierter Einsatz für den Schutz des Lebens wehrloser ungeborener Menschen.

Dass sich US-Präsident Bush wie kein anderer Staatschef für den Lebensschutz ungeborener Menschen stark gemacht hat, lässt sich nicht bestreiten. Nicht nur, dass er die von Papst Johannes Paul II. übernommene Formulierung der Schaffung einer »Kultur des Lebens« in sein Repertoire übernahm, auf dem Feld der Biopolitik beließ es Bush nicht bei schönen Worten. Konsequenter und mutiger hat er eine Biopolitik betrieben, die ihresgleichen sucht.

Beispiel Abtreibung: Während seiner ersten Amtsperiode sanken die vorgeburtlichen Kindstötungen in den USA von rund 1,6 auf rund 1,1 Millionen. Mittlerweile ist die Zahl der Abtreibungen in den USA allerdings wieder auf rund 1,3 Millionen gestiegen.

Mit der so genannten Mexico City Policy führte George W. Bush nach seiner Wahl im Jahr 2000 die von US-Präsident Ronald Reagan 1984 eingeführte Direktive wieder ein, sämtlichen Nichtregierungsorganisationen die Steuergelder US-amerikanischer Bürger zu entziehen, die in Entwicklungsländern Abtreibungen propagieren. Bill Clinton hatte diese Regelung außer Kraft gesetzt, George W. Bush führte sie gegen den erbitterten Widerstand der Demokraten wieder ein.

Am 5. November 2003 unterzeichnete er im dritten Anlauf den von vielen ersehnten »Partial Birth Abortion Ban Act«, ein Gesetz, das die besonders grausamen Teilgeburtsabtreibungen verbietet, und das schon zweimal zuvor den Weg durch

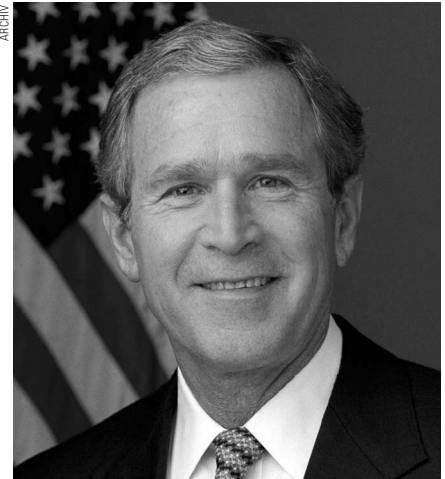
den Kongress gefunden hatte, dann aber jedes Mal am Veto von Bill Clinton gescheitert war. Weil es an Abtreibungsmethoden bekanntlich nicht mangelt, dürfte der »Partial Birth Abortion Ban Act« zwar keine einzige Abtreibung verhindert haben. Gleichwohl besaß er eine immense Symbolkraft. Denn mit ihm schränkte ein Präsident zum ersten Mal seit 30 Jahren die gesetzliche Regelung von Abtreibungen in den USA ein. Auch als Abtreibungsbefürworter mit ihren Klagen in drei US-Bundesstaaten das Gesetz zu Fall brachten, ließ Bush nicht locker. Und obwohl die Ernennung von Richtern für den »Supreme Court« zu den härtesten innenpolitischen Auseinandersetzungen in den USA zählen, nutzte Bush beide Male die sich ihm bietende Möglichkeit, um mit John Roberts und Samuel Alito zwei neue, »pro life« eingestellte Richter für den Obersten Gerichtshof der USA durchzusetzen. Eine Anstrengung, die auszahlen sollte: Im April 2007 kassierte der »Supreme Court« die einzelstaatlichen Gerichtsurteile, welche Abtreibungsbefürworter erwirkt hatten, und sorgte im ganzen Land für Klarheit.

Mit dem »Born-Alive Infants Protection Act« wurden während der Bush-Ära zudem alle Angehörigen der Gesundheitsberufe dazu verpflichtet, lebend geborene Kinder zu schützen. Eine »misslungene« Abtreibung nachträglich zu »korrigieren«, ist seitdem damit ausdrücklich gesetzlich verboten.

Ernsthaftes Engagement entfaltete Bush auch beim Embryonenschutz. Mit dem »Presidents Council on Bioethics« berief Bush unter dem Vorsitz des Bioethikers Leon Kass ein erstklassiges Experten-Gremium, dessen exzellente Arbeit im Ausland noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat. Und obwohl es angesichts der Kultur einer Forschungsnation wie den USA völlig voraussehbar war, dass dies als nationaler Affront empfunden würde, schränkte Bush im Jahr 2001 die

staatlichen Mittel für die embryonale Stammzellforschung radikal ein. Staatliche Gelder erhielt seitdem in den USA nur, wer mit aus menschlichen Embryonen gewonnenen Stammzelllinien arbeitet, die dort vor dem 9. August 2001 etabliert wurden.

Auf der Ebene der Vereinten Nationen versuchten die USA unter Bushs Führung in jahrelangen und zähen Verhandlungen, ein weltweites Verbot sämtlicher Formen des Klonens von Menschen durchzusetzen, scheiterten aber schließlich am erbitterten Widerstand der Europäer. Kritiker warfen der Regierung Bush damals vor, selbst über kein solches Gesetz zu verfügen. Das stimmt, dennoch ist der Vorwurf falsch. Denn eine entsprechende Gesetzesvorlage hatte die Regierung Bush nicht nur auf den Weg, sondern auch bereits mit klarer Mehrheit durch das Repräsentantenhaus gebracht. Im Senat wurde sie jedoch von den Demokraten erfolgreich blockiert. Die Demokraten, die mit Bushs Biopolitik überhaupt nicht einver-



George W. Bush

standen waren, brachten in seiner zweiten Amtszeit ihrerseits ein Gesetz durch Repräsentantenhaus und Senat, das die empfindlichen Einschränkungen bei der staatlichen Förderung der embryonalen Stammzellforschung aufheben sollte. Doch Bush verhinderte dies, indem er im Juli 2006 gegen dieses Gesetz das erste Veto seiner bis dahin sechs Jahre dauernden Amtszeit einlegte.

Bestünde Politik nur aus Biopolitik, hätte George W. Bush als großer Präsident die Weltbühne verlassen können. Aber da Politik eben nicht nur aus Biopolitik besteht, wird seine Amtszeit vor allem mit dem Irakkrieg und vielen anderen Fehlentscheidungen verbunden und der Mann aus Texas ein rätselhafter Mensch bleiben, dessen Licht- und Schattenseiten nur schwer zueinander passen wollen.